



NIEDERSCHRIFT

über die 7. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt

Landau in der Pfalz

am Dienstag, 07.04.2020,

Kulturzentrum Altes Kaufhaus, Rathausplatz 9

Beginn: 17:00

Ende: 18:33



Anwesenheitsliste

Bündnis 90/Die Grünen

Jennifer Follmann

Lea Heidbreder

Lea Saßnowski

CDU

Cyrus Bakhtari

Susanne Burgdörfer

Dr. Andreas Hülsenbeck

Peter Lerch

SPD

Paule Albrecht

Florian Maier

Vertretung für Herrn Demmerle

Armin Schowalter

FWG

Wolfgang Freiermuth

AfD

Norbert Herrmann

Vertretung für Herrn Gies

Pfeffer und Salz

Dr. Gertraud Migl

FDP

Jochen Silbernagel



Die LINKE

Bastian Stock

Vorsitzender

Dr. Maximilian Ingenthron

Beigeordneter

Lukas Hartmann

Sonstige

Christine Baumstark

Hauptamt

Martin Messemer

Finanzverwaltung/ Wirtschaftsförderung

Stefan Joritz

Rechtsamt

Sandra Diehl

Pressestelle

Schriftführer/in

Marc Siener

Entschuldigt

SPD

Hermann Demmerle

vertreten durch Herrn Maier

AfD

Christian Gies

vertreten durch Herrn Herrmann



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende bat um Ergänzung der Tagesordnung um den Punkt „Unterstützungsprogramm der Stadt Landau zur Bewältigung der Corona-Pandemie“ als neuen Tagesordnungspunkt 5 der öffentlichen Sitzung.

Der Hauptausschuss stimmte der Ergänzung der Tagesordnung einstimmig zu.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Aussetzung der Elternbeiträge in Kindertagesstätten, Horten und Schulen
Vorlage: 101/532/2020
3. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion; Aussetzung der Gebühren für Kitas u.ä.
Vorlage: 101/533/2020
4. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Resolution zum Zusammenhalt in Landau
Vorlage: 101/534/2020
5. Unterstützungsprogramm der Stadt Landau zur Bewältigung der Corona-Pandemie
Vorlage: 200/324/2020
6. Mitgliedschaft der Stadt Landau in der Pfalz als Gesellschafterin der TechnologieRegion Karlsruhe GmbH
Vorlage: 200/322/2020
7. Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2020; Übertrag von Haushaltsmitteln des Haushaltsjahres 2019
Vorlage: 240/121/2020
8. Änderung der Friedhofssatzung und der Friedhofsgebührensatzung
Vorlage: 300/016/2020
9. Vergabe von kombinierten Mäharbeiten an Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen sowie an Spielplätzen, Grünflächen und Ausgleichsflächen für das Jahr 2020 mit Verlängerungsoption bis 2023
Vorlage: 350/161/2020
10. Vergabe von Baumpflegearbeiten im Rahmen eines Rahmenvertrages für den Zeitraum vom 04.05.20 bis 04.05.21
Vorlage: 350/162/2020



11. Verschiedenes

Nichtöffentliche Sitzung

1. Gewerbepark „Am Messegelände“ (D10); Teilkostenerstattung
Bodenverbesserungsmaßnahmen der EmiCo VerTec Group GmbH
Vorlage: 200/323/2020
2. Veräußerung des Erbbaugrundstücks, Fl.St.Nr. 2530/8, in der Gemarkung
Landau
Vorlage: 230/408/2020
3. Baulandstrategie 2030; Erwerb von Grundstücken zur Realisierung des
Neubaugebietes "G4, Wollmesheimer Höhe Süd" im Südwesten Landaus
(südlich der Wollmesheimer Straße)
Vorlage: 230/409/2020
4. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt gab es nichts zu protokollieren.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Aussetzung der Elternbeiträge in Kindertagesstätten, Horten und Schulen

Der Vorsitzende erläuterte die Anträge der SPD- und AfD-Stadtratsfraktion. Der verspätet eingegangene Antrag der AfD-Stadtratsfraktion wurde aufgrund des sachlichen Zusammenhangs zum Antrag der SPD-Stadtratsfraktion auf die Tagesordnung mit aufgenommen. Er dankte allen Beteiligten für die konstruktive Arbeit zur Bewältigung der Corona-Pandemie. Ziel sei die Aussetzung der Elternbeiträge für einen gewissen Zeitraum. Da keine Leistung erbracht wurde, sollen auch keine Beiträge erhoben werden. Die Verwaltung habe eine entsprechende Empfehlung ausgearbeitet.

Ratsmitglied Maier erläuterte den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion. Die Familien seien während der Schließungen der Schulen und Kitas besonders stark belastet. Erfreulich sei, dass die angebotene Notbetreuung kaum in Anspruch genommen wurde. Die eingeschränkte Leistung müsse die Aussetzung der Gebühren zur Folge haben. Das Land habe Fördergelder zur Verfügung gestellt, wovon 1,2 Millionen an die Stadt Landau fließen würden. Durch die Maßnahme könnten die Familien zumindest finanziell entlastet werden.

Ratsmitglied Herrmann zog im Hinblick auf den vergleichbaren Antrag der SPD den Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zurück.

Der Vorsitzende informierte über den derzeitigen Sachstand. Es gebe keine landeseinheitliche Regelung. Bei anderen Städten wurden bereits ähnliche Regelungen getroffen. Von der außerunterrichtlichen Betreuung sind acht Grundschulen betroffen und ca. 280 Familien würden von der Aussetzung profitieren. Diese Aussetzung würde einen Aufwand in Höhe von 15.000 Euro darstellen. Die Verwaltung würde neben den Beiträgen für die Kinderbetreuung in den Tagesstätten auch die Aussetzung der Beiträge der Kindertagespflege empfehlen (Aufwand in Höhe von 33.000 Euro monatlich). Die Gesamtsumme beläuft sich somit auf ca. 48.000 Euro. Die Aussetzung der Elternbeiträge würde sich zunächst auf den Monat April beschränken.

Ratsmitglied Saßnowski fragte nach, ob die Aussetzung für den Monat Mai ggfls. neu beantragt werden müsste.

Der Vorsitzende antwortete, dass die Regelung zunächst auf den Monat April begrenzt wäre. Eine entsprechende Regelung für den Mai würde durch die Verwaltung initiiert werden.

Ratsmitglied Lerch erachtete das Verfahren als gerecht. Die CDU strebe eine landeseinheitliche Regelung an. Aufgrund der Eile sei eine Abstimmung zwischen den Städten nicht möglich gewesen. Die CDU stimme dem Verwaltungsvorschlag zu. Wenn die Schließungen bis in den Mai reichen würden, müsste die Aussetzung verlängert werden.

Ratsmitglied Freiermuth sah die Aussetzung als logische Konsequenz an. Ohne Leistung dürfe auch keine Bezahlung stattfinden. Die Familien hätten derzeit ohnehin große Sorgen.

Ratsmitglied Herrmann stimmte im Namen der AfD-Stadtratsfraktion zu.



Ratsmitglied Dr. Migl befürwortete die Maßnahme. Dadurch könne ein kleiner Beitrag zur Entlastung der Familien geleistet werden. Wenn das Gremium gleich die Aussetzung der Beiträge für die Monate April und Mai beschließen würde, hätten die Familien eine größere Sicherheit. Jedoch könne der Beschluss zumindest noch nachjustiert werden.

Ratsmitglied Maier verdeutlichte, dass der Antrag von der Aussetzung der Beiträge für die Dauer der Schließungen sprach.

Ratsmitglied Silbernagel sprach sich für den Verwaltungsvorschlag aus.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig nachfolgenden

Beschlussvorschlag:

Der durch den Beschluss des Stadtrates vom 17. März 2020 ermächtigte Hauptausschuss beschließt die Aussetzung der Elternbeiträge für Grundschulen, Kitas, Horten und die Kindertagespflege im Monat April. Gleiches gilt für Kinder in der Notbetreuung, da die Betreuung für meist systemrelevante Berufe eingerichtet wurde.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Antrag der AfD-Stadtratsfraktion; Aussetzung der Gebühren für Kitas u.ä.

Ratsmitglied Herrmann zog im Hinblick auf den vergleichbaren Antrag der SPD den Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zurück.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Resolution zum Zusammenhalt in Landau

Der Vorsitzende erläuterte die Resolution zum Zusammenhalt in Landau. Es sei wichtig ein Zeichen zu setzen und sich zu positionieren. Der Entwurf wurde im Vorfeld zwischen den Fraktionen abgestimmt.

Ratsmitglied Saßnowski bezeichnete die Corona-Pandemie als große Herausforderung. Die Bevölkerung habe zur Bewältigung der Krise kreative Ideen entwickelt. Durch die Resolution soll der bisherige Einsatz gewürdigt und Impulse für neue Ideen gesetzt werden. Der Text richte sich direkt an die Landauer Bürger. Gleichzeitig werde auch die Solidarität zu den europäischen Ländern verdeutlicht. Sie dankte der CDU-Fraktion für die Initiative.

Ratsmitglied Burgdörfer erläuterte die Resolution. Die Pandemie würde große Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft haben. Nur durch die parteiübergreifende Zusammenarbeit könne das Beste für die Stadt erreicht werden. Der Corona-Virus habe viele gesundheitliche und wirtschaftliche Opfer zur Folge. Die CDU habe den Text im Vorfeld mit den anderen Fraktionen abgestimmt. Sie entschuldigte sich für die kurze Vorlaufzeit. Jedoch würden ungewöhnliche Situationen auch ungewöhnliche Maßnahmen erfordern. Sie verlas den Resolutionsentwurf.

Ratsmitglied Maier zeigte sich erfreut über das Verhalten der Bevölkerung. Für die SPD sei die ungewöhnliche Vorbereitung in Ordnung gewesen. In der Resolution sollte die Wertigkeit des Pflegeberufs betont werden. Neben dem Dank sollten sich zukünftig die Arbeitsbedingungen und Bezahlung der Pflegenden verbessern. Zudem seien es häufig Frauen, die in den systemrelevanten Berufen arbeiten würden. Die Resolution soll ein internationales Zeichen der Solidarität setzen. Der Aspekt, dass Landau dem Bündnis „Städte sicherer Hafen“ angehöre, fehle ihm hingegen. Die Aufnahme dieses Aspektes beantrage er hiermit.

Ratsmitglied Freiermuth dankte der CDU für die Initiative. Er beurteilte den Entwurf als gelungen. Persönlich würde er die Titulierung „Statement“ anstelle von „Resolution“ bevorzugen. Es sei an der Zeit allen Helfern zu danken.

Ratsmitglied Herrmann sprach seine Enttäuschung über die fehlende Beteiligung seiner Fraktion aus. Er sei persönlich stark engagiert. In der Sache wertete er die Resolution positiv. Trotz der Nichtberücksichtigung der AfD werde er dem Entwurf zustimmen.

Ratsmitglied Dr. Migl entschuldigte sich für die fehlende Rückmeldung ihrerseits. Eine Rückmeldung vor der Sitzung sei aus Zeitgründen nicht möglich gewesen. Der Gedanke der Solidarität wurde gut ausgearbeitet. Sie würde gerne die besonders schutzbedürftigen Gruppen, wie Frauen und Kinder, ansprechen, die während dieser Zeit besonders gefährdet seien. Sie stelle hierfür einen entsprechenden Änderungsantrag. Ansonsten stimme sie dem Entwurf zu.

Ratsmitglied Silbernagel dankte der CDU für die Initiative. Eine Pandemie gab es in diesem Umfang schon sehr lange nicht mehr. Es sei wichtig ein Zeichen nach außen zu setzen. Die Gemeinschaft könnte durch den Aufruf gestärkt werden. Er stimme dem Entwurf zu.



Ratsmitglied Stock stimmte dem Entwurf zu. Nach den wohlwollenden Worten müssten jedoch auch Taten folgen. Er könne den Änderungsanträgen von Herrn Maier und Frau Dr. Migl folgen.

Der Vorsitzende stellte eine große Übereinstimmung bezüglich der Zielsetzung fest.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig nachfolgenden Änderungsantrag von Pfeffer und Salz.

Absatz 4 wird um folgenden Zusatz ergänzt:

„Da Frauen und Kinder infolge der Kontakteinschränkungen besonders gefährdet sind durch gewalttätige Übergriffe im häuslichen Bereich, sind alle aufgerufen, auf verdächtige Anzeichen zu achten. Die in diesem Bereich tätigen Vereine (z.B. Aradia, Caritas, Diakonisches Werk, Frauenhausverein und Kinderschutzbund) sind bei steigendem Bedarf auch unbürokratisch finanziell zu unterstützen. Gegebenenfalls sind die Platzkapazitäten zur Unterbringung von Gewalt bedrohter Frauen mit Kindern zu erhöhen.“

Der Hauptausschuss beschloss mehrheitlich mit 9 Ja-Stimmen, 6 Gegenstimmen und einer Enthaltung nachfolgenden Änderungsantrag:

Absatz 5 wird um folgenden Zusatz ergänzt:

„Wir betonen nochmals, dass wir durch unseren Beitritt zum kommunalen Bündnis „Städte sicherer Häfen“ bereit sind, Geflüchtete aus der Seenotrettung im Mittelmeer aufzunehmen.“

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig den beigefügten Resolutionsentwurf.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Unterstützungsprogramm der Stadt Landau zur Bewältigung der Corona-Pandemie

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Finanzverwaltung/ Wirtschaftsförderung vom 6. April 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Die Stadt könne stolz auf sich und ihre Bürger sein. Bei der Vorlage gehe es um die materielle Unterstützung der Betroffenen. Jeder investierte Euro sei sicherlich gut angelegt. Die Stadt habe durch das Land eine Förderung in Höhe von 1,2 Millionen Euro erhalten. Er dankte Herrn Messemer und dessen Team für die schnelle Ausarbeitung der Vorlage. Es sei auch eine Chance für die Gesellschaft an der Herausforderung zu wachsen.

Berichterstatter Messemer erläuterte die Vorgehensweise. Die Wirtschaftsförderung habe auf Bitte des Stadtvorstandes die Vorlage ausgearbeitet. Bei einer Zustimmung würden im nächsten Schritt die verschiedenen Ämter beteiligt werden, um das Verfahren abzusprechen. Außerdem würde die Ausarbeitung der Zuwendungsbescheide, FAQs, etc. erfolgen. Ziel sei, dass die Anträge ab Donnerstag gestellt und innerhalb von 14 Tagen ausbezahlt werden können.

Der Vorsitzende ergänzte, dass die Hilfe subsidiär wäre.

Ratsmitglied Heidbreder befürchtete, dass die Corona-Krise eine Wirtschaftskrise zur Folge hätte. Dann würde die Kultur sicherlich zu kurz kommen. Die Stadt Landau zeichne sich durch eine vielseitige Kultur aus, die es zu unterstützen gilt. Die Vorlage greife viele verschiedene Aspekte auf.

Ratsmitglied Dr. Hülsenbeck sprach von einer nie dagewesenen Situation. Die ganze Stadt stehe vor einer großen Herausforderung. Die Existenzen vieler Menschen seien bedroht. Das Konzept sei eine kreative Lösung um die Betroffenen gezielt zu fördern. Die CDU werde der Vorlage zustimmen.

Ratsmitglied Schowalter stellte fest, dass alle Menschen von der Krise betroffen sind. Dieses Programm würde diejenigen unterstützen, die bei anderen Förderungen nicht berücksichtigt werden. Die SPD danke der Hilfe vom Land und der Stadtverwaltung. Die SPD stimme der Vorlage zu. Er fragte, welche Vereine diese Hilfe erhalten würden.

Berichterstatter Messemer erläuterte die Voraussetzungen. Grundsätzlich würden diejenigen Vereine die Hilfe erhalten, welche zielgerichtet helfen und ihre Angebotsstruktur hierfür verändern würden. Als Beispiel könnte ein Sportverein genannt werden, der Einkaufsdienste übernimmt.

Ratsmitglied Freiermuth dankte Herrn Messemer für die Ausarbeitung dieser Vorlage. Er erachtete das Programm als sinnvoll. Sowohl die schnelle Handhabung als auch die eingesetzten Kontrollen bewertete er positiv.

Ratsmitglied Herrmann gratulierte zur tollen Initiative. Die AfD stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Dr. Migl freute sich über die einfache Handhabung. Es sei wichtig den Betroffenen schnell zu helfen. Nach ihrer Meinung sei die Summe jedoch zu gering.

Beigeordneter Hartmann informierte über den Austausch mit verschiedenen Städten. Die Stadt Mainz würde ca. 10 Prozent ihrer Fördergelder zur Verfügung stellen. In



Landau wären es über 20 Prozent. In Relation sei die Summe enorm. Das Unterstützungsprogramm sei kein Versprechen, dass jede Initiative mit einer Wunschsumme unterstützt wird.

Der Vorsitzende hielt die Summe ebenfalls für realistisch.

Ratsmitglied Silbernagel unterstützte dieses sinnvolle Hilfsprogramm, welches ein breites Spektrum besitze. Die FDP werde daher zustimmen.

Ratsmitglied Stock befürwortete das Programm ebenfalls. Die Studierenden würden jedoch nicht vom Programm erfasst werden. Hier würden ebenfalls viele Hilfe benötigen.

Der Vorsitzende antwortete, dass es sich bei dem Hilfsprogramm um eine institutionelle und keiner individuellen Förderung handle. Bei dieser Unterstützung müssten weitere Gespräche mit dem Land gesucht werden.

Beigeordneter Hartmann erläuterte die Versuche, die Institution Universität zu unterstützen. Jedoch ist aufgrund der derzeitigen Lage der Universität kein sinnvolles Programm umsetzbar gewesen. Die Studierendenschaft muss durch die Bundesregierung unterstützt werden. Diese Hilfe könne nicht durch die Stadt gesteuert werden.

Ratsmitglied Dr. Migl informierte über einen Härtefall. Die Organisation, die die Wochen gegen Rassismus vorbereitet hatte, mussten viele Veranstaltungen absagen.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig nachfolgenden

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss beschließt die Verwaltung zu beauftragen, ein Hilfsprogramm im Volumen von bis zu 250.000 Euro zur Bezuschussung des Ehrenamtes, freier Organisationen und Initiativen sowie der (freien) Kulturszene und ähnlicher Strukturen – wie in der Begründung genannt - aufzulegen und für dessen zügige Umsetzung zu sorgen.

Die Finanzierung erfolgt durch eine Teilentnahme aus der Sonderzahlung des Landes an die Landkreise und kreisfreien Städte zur Unterstützung bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie.

Sofern und soweit die Stadt für dieses Programm Spenden von Dritten erhält, erhöht sich das Fördervolumen entsprechend.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Mitgliedschaft der Stadt Landau in der Pfalz als Gesellschafterin der TechnologieRegion Karlsruhe GmbH

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Finanzverwaltung/ Wirtschaftsförderung vom 24. März 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Maier erläuterte, dass die SPD-Fraktion derartigen Vorlagen wegen grundsätzlichen Erwägungen nicht zustimmen werde.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig bei 3 Enthaltungen den nachfolgenden

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss stimmt der Mitgliedschaft der Stadt Landau in der Pfalz als Gesellschafterin der TechnologieRegion Karlsruhe GmbH zu den in der Begründung dargelegten Konditionen zu.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Mitgliedschaft schriftlich zu beantragen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2020; Übertrag von Haushaltsmitteln des Haushaltsjahres 2019

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Kämmereiabteilung vom 19. März 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig nachfolgenden

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss beschließt den Vortrag der Haushaltermächtigungen des Haushaltsjahres 2019 für die in der Anlage aufgeführten Maßnahmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Änderung der Friedhofssatzung und der Friedhofsgebührensatzung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechtsamtes vom 16. März 2020 auf die verwiesen wird. Die Entscheidung könne nach der Gemeindeordnung nicht auf den Hauptausschuss übertragen werden. Dennoch sei die vorbereitende Beschlussfassung in der heutigen Sitzung sinnvoll.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat einstimmig nachfolgenden

Beschlussvorschlag:

- 1) Der Stadtrat beschließt den als Anlage beigefügten Entwurf einer „Satzung zur Änderung der Friedhofssatzung der Stadt Landau in der Pfalz“ als Satzung.
- 2) Der Stadtrat beschließt den als Anlage beigefügten Entwurf einer „Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Erhebung von Friedhofsgebühren“ als Satzung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Vergabe von kombinierten Mäharbeiten an Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen sowie an Spielplätzen, Grünflächen und Ausgleichsflächen für das Jahr 2020 mit Verlängerungsoption bis 2023

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Umweltamtes vom 25. März 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Beigeordneter Hartmann ergänzte, dass die Vergabe sich nur auf die wenig zu mähenden Grünflächen beziehen würde. Die Spielplätze der Ortsteile seien nicht betroffen. Diese Thematik könnte in der nächsten Sitzung des Umweltausschusses erörtert werden.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig nachfolgenden

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss stimmt der Vergabe von kombinierten Mäharbeiten an Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen sowie an Spielplätzen, Grünflächen und Ausgleichsflächen in Landau in der Pfalz für das Jahr 2020 mit Verlängerungsoption bis 2023 an den mindestfordernden Bieter Forstbetrieb Andreas Knorr, mit einer Auftragssumme von brutto 111.920,32 €, zu.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Vergabe von Baumpflegearbeiten im Rahmen eines Rahmenvertrages für den Zeitraum vom 04.05.20 bis 04.05.21

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Umweltamtes vom 30. März 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig nachfolgenden

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss stimmt der Vergabe von Baumpflegearbeiten auf städtischen Flächen im Rahmen eines Rahmenvertrages für den Zeitraum vom 04.05.20 bis 04.05.21 an die Firma Krell aus Eußerthal mit einer Auftragssumme in Höhe von 273.204,96 € brutto zu.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

Verschiedenes

Der Vorsitzende informierte über die Lage zur Corona-Pandemie. Die Fraktionsvorsitzenden werden über regelmäßige Telefonkonferenzen informiert. Er dankte allen für den Einsatz. Die Beschränkungen über die 3. Rechtsverordnung gelten bis zum 19. April 2020.

Berichterstatter Baumstark betonte den Appell, dass alle Maßnahmen der Aufrechterhaltung des Gesundheitssystems dienen würden. Mit dem Landkreis Südliche Weinstraße wurde ein gemeinsamer Katastrophenschutzstab eingerichtet. Im Stab werden sämtliche Maßnahmen gebündelt. Die aktuellen Meldungen erfolgen über die Internetseiten der Stadt und des Landkreises. Es sollten nach wie vor die Hygienemaßnahmen und Abstandsregelungen eingehalten werden. Das Diagnosezentrum habe über die Ostertage geschlossen. Die Ambulanz sollte bis Mitte nächster Woche eingerichtet sein. Die Rechtsverordnung wurde mit der Zeit angepasst.



D

Die Niederschrift über die 7. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Landau in der Pfalz am 07.04.2020 umfasst 15 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 69.

Vorsitzender

Gesehen:

Dr. Maximilian Ingenthron
Bürgermeister

Lukas Hartmann
Beigeordneter

Marc Siener
Schriftführer